



Der Menschenrechtsbeirat
der Stadt Graz

Gutachten: Wahlkampfbeobachtung 2017

Kinder und Jugend

Im Grazer Gemeinderatswahlkampf 2017 wurde von nahezu allen wahlwerbenden Parteien auf die Belange von Kindern und Jugendlichen eingegangen. Einige der Parteien gingen sehr explizit auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen ein, andere behandelten diese unter anderen Überschriften.

Zu folgenden Themen wurden während des Wahlkampfes Diskurse geführt:

- Kinderbildung und -betreuung
- Recht auf Arbeit (Jugendliche)
- Freizeit/Gesundheit/Erholung von Kindern und Jugendlichen
- Sicherheit von Kindern und Jugendlichen
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Kinderbildung und –betreuung

Der Großteil der wahlwerbenden Parteien beteiligt sich am Diskurs Kinderbildung und -betreuung. Der Diskurs geht dabei in zwei Richtungen. Einrichtungen der Kinderbildung und -betreuung werden von den Parteien zum einen als notwendige Infrastruktur zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote angesehen. Daher sprechen sich die Parteien für eine Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten hinsichtlich Anzahl, aber auch flexiblerer Betreuungszeiten aus. Betreuungsplätze müssen in diesem Zusammenhang auch leistbar sein. Zum anderen werden diese Einrichtungen auch als Einrichtungen der Kinderbildung verstanden. Essentiell ist daher für die wahlwerbenden Parteien, dass Kinderbetreuungseinrichtungen von hoher Qualität sind, bzw. dass die Qualität dieser Einrichtungen zukünftig noch erhöht werden muss.

Die ÖVP spricht sich diesbezüglich dafür aus, die Kinderbildungseinrichtungen besser untereinander zu vernetzen, um Kindern den jeweiligen Übergang zu erleichtern. Die KPÖ macht ebenfalls konkrete Vorschläge hinsichtlich der Qualität der Betreuungseinrichtungen. In Gratiskindergärten sollen max. 20 Kinder pro Kindergartengruppe betreut werden. Mehr finanzielle Mittel zur Förderung von Mehrsprachigkeit und sozialer Kompetenz sollen bereit stehen und die Verankerung geschlechtssensibler Pädagogik bereits im Kindergarten gefördert werden. Für die NEOS sind Kindergärten als Lernstätten anzusehen, in denen durch eine qualitätvolle Frühkindpädagogik gute Entwicklungschancen geschaffen werden. Für Petrovic hängt die Qualität der Einrichtungen eng damit zusammen, wie wohl sich Kinder in dieser fühlen. Gezielt möchte die FPÖ Kinderbetreuungseinrichtungen zum verpflichtenden Erwerb der deutschen Sprache im Jahr unmittelbar vor Schuleintritt einsetzen (verpflichtendes Vorschuljahr für alle Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen). Darüber hinaus werden von der FPÖ vorschulische Kinderbetreuungseinrichtungen im Zusammenhang mit ihrem Bildungsauftrag nicht erwähnt.

Als einzige Partei thematisiert die ÖVP eine Bildungspflicht für alle Menschen bis 18 Jahre, macht allerdings keine konkreten Vorschläge hierzu. Die Piraten sprechen sich für freien Eintritt in Museen für alle Kinder und Jugendliche der Europäischen Union, die in Graz leben, aus. Die SPÖ möchte gezielte Bildungsangebote für Mädchen mit Migrationsgeschichte hinsichtlich Gleichstellung und Frauenrechte.

Recht auf Arbeit (Jugendliche)

Das Recht auf Arbeit für Jugendliche in Graz ist auch Thema in den Programmen einiger wahlwerbender Parteien. Durch konkrete Maßnahmen soll die Jugendarbeitslosigkeit reduziert oder sogar ganz beseitigt (KPÖ) werden. Die SPÖ schlägt hierzu den konsequenten Ausbau der Produktionsschulangeboten vor. Außerdem möchte sie gezielte Förderschwerpunkte für den Bereich Lehrlingsausbildung setzen. Mädchen sollen auch für nicht typische Berufe interessiert werden. Die Grünen möchten eine Lehrlingsdrehzscheibe einführen. Die FPÖ setzt auf eine verstärkte Lehrlingsoffensive und möchte vermehrt Lehrwerkstätten im Haus Graz anbieten. Auch die KPÖ will zusätzliche Ausbildungsplätze bei städtischen Einrichtungen schaffen. In ihren weiteren Forderungen geht die Partei auf faire Arbeitsbedingungen ein, wie die Einführung eines Kündigungsschutz für Lehrlinge oder eines Mindestgehalts von 500 Euro im ersten Lehrjahr. Zudem soll Lehrlingsausbildung für Betriebe verpflichtend werden, es soll mehr öffentliche Lehrwerkstätten geben und ein Ausbildungspool zur Reduzierung von Jugendarbeitslosigkeit soll eingerichtet werden. Für Mädchen und Burschen sollen gleiche Ausbildungsmöglichkeiten bestehen.

Freizeit/Gesundheit/Erholung von Kindern und Jugendlichen

Der Diskurs zum Recht auf Freizeit und Erholung wird von den wahlwerbenden Parteien zumeist in engem Zusammenhang mit dem Recht auf Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geführt. Adäquate Freizeitgestaltungsmöglichkeiten werden hierdurch als Prävention späterer Erkrankungen angesehen. Die FPÖ möchte eine tägliche Turn- und Bewegungsstunde in Kindergärten und Schulen verankern, um späteren Gesundheitsproblemen vorzubeugen. Außerdem sollen Skikurse leistbarer werden. Auch die SPÖ spricht sich für Partnerschaften von Sportvereinen mit Grazer Pflichtschulen zur Bewegungsförderung aus. Städtische Spiel- und Sportplätze sollen besser ausgestattet werden, vor allem hinsichtlich der notwendigen Infrastruktur. Die SPÖ möchte darüber hinaus auch vermehrt Beratungs- und Informationsangebote zu Präventions- und Gesundheitsthemen wie Bulimie oder Mobbing. Adäquate und günstige Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind auch für die Piraten ein Thema des Wahlkampfes. Ebenfalls für die ÖVP, die auch eine Ausweitung von Spielmöglichkeiten, durch die Nutzung von Dächern von Supermärkten, anspricht. Die KPÖ erwähnt ebenfalls kostenlose oder günstige Freizeit- und Sportangebote für Kinder und Jugendliche, unter anderem die Senkung der Eintrittspreise in die Grazer Bäder. Darüber hinaus thematisiert die KPÖ auch Zuzahlungen durch die Stadt oder die Krankenkassen bei Ferien- und Erholungsaufenthalten von Kindern. Sie spricht sich für den Ausbau der Frühförderung statt Kürzung aus, ebenso wie für mehr sozialtherapeutische Wohnplätze für psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche und eine bessere Versorgung von Kindern und Jugendlichen auf der Kinderpsychiatrie. Die Grünen dagegen thematisieren Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Zusammenhang mit der schlechten Luft in Graz und sprechen sich für ein günstiges Topticket aus.

Sicherheit von Kindern und Jugendlichen

Der Diskurs zur Sicherheit von Kindern und Jugendlichen wird von den wahlwerbenden Parteien nur am Rande berührt. Die FPÖ spricht sich diesbezüglich für kostenlose Konfliktvermeidungs- und Selbstverteidigungskurse aus. Die Grünen thematisieren einen sicheren Schulweg für Kinder im Zusammenhang mit der Verkehrsgestaltung in Graz.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Die aktive Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist für einige der wahlwerbenden Parteien ein Thema. Die NEOS sprechen sich für eine Aufwertung des Jugendparlaments aus. Die Piraten möchten einen Kinder- und Jugendgemeinderat, der in alle städtischen Prozesse eingebunden werden soll und der auch selbst Beschlüsse fassen kann. Eben solches fordert auch die KPÖ. Sie thematisiert darüber hinaus ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen ab 16 Jahren, die in Graz leben. Zur Erhöhung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen schlägt die KPÖ auch eine Erhöhung der Tagsätze bei der Schulassistenten vor.

Beurteilung

Alle Diskurse zu Kindern und Jugendlichen werden in menschenrechtsfördernder Art und Weise geführt. Diskriminierende Elemente sind nicht erkennbar. Daher werden **alle Diskurse in diesem Bereich mit der Ampelfarbe GRÜN bewertet.**

Graz, am 26.01.2017
MR-BEIRAT_AG_WKM 2017/KS/KS/25